

schütterliche Position unseres Staates in der Grundfrage unserer Zeit daraus, daß die DDR von Anfang an mit der Frage Frieden-Krieg konfrontiert war. An die Prophezeiungen der Feinde des Fortschritts, daß die DDR „das Jahr 1950 kaum er-, geschweige denn überleben“ (Ruhrnachrichten, 9. Oktober 1949) werde, schlossen sich 1949 und in den Jahren danach unzählige Versuche an, reaktionäre Worte in friedensgefährdende Taten umzuwandeln.

Mit der Gründung der BRD war ein Staat geschaffen worden, mit dessen Hilfe der Weltimperialismus eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges in die Wege leiten und durchsetzen wollte. Die DDR als Staat und Bollwerk des Friedens hat wiederholt bewußtgemacht, daß ihre Existenz die strategische Ausgangsposition der aggressivsten Kräfte des Imperialismus hinter die Elbe zurückverlegt hat, daß die West-Grenze der DDR die Grenze der Macht des Imperialismus bedeutet. Wer sie antastet, der tastet den Frieden an. Erich Honecker hat deshalb aus Anlaß der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki vor neun Jahren darauf verwiesen: „Die Sicherheit der europäischen Staaten war und ist vor allem die Sicherheit ihrer Grenzen ... Die Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen bleibt der Prüfstein dafür, ob eine Politik wirklich dem Frieden und somit den Interessen der Menschen dient.“

Wer also auf den Konfrontationskurs setzt und sich daraus etwas im Hinblick auf ein sogenanntes „Offenhalten der deutschen Frage“ verspricht, der spielt mit dem nuklearen Inferno. Auch durch den zuverlässigen Schutz ihrer Grenzen, gestützt auf das militärische Gleichgewicht zwischen Warschauer Vertrag und NATO, ist die DDR ihrer Friedenverantwortung gerecht geworden und wird das auch weiterhin tun. Sie hat damit einen

gewichtigen Anteil daran, daß Europa in den vergangenen vier Jahrzehnten der Frieden erhalten geblieben ist.

Drittens hat die DDR ihre internationalistische Pflicht als ein Vorposten des Sozialismus und Eckpfeiler des Friedens auf unserem Kontinent stets so aufgefaßt, dem elementarsten Menschenrecht an der Trennlinie zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen den mächtigsten Militärkoalitionen der Welt, dem Warschauer Vertrag und der NATO zu genügen. Vor neun Jah-

Frieden ist unerläßlich für sozialistischen Aufbau

Viertens entsprechen Frieden und Sicherheit und verantwortliches Handeln dafür zutiefst dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Der Sinn des Sozialismus, alles für das Glück des Volkes und das Wohl des werktätigen Menschen zu tun, bedeutet, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Friedenssicherung als einheitliches Ganzes zu verstehen und zu verwirklichen. Diese Einheit entspricht einer marxistisch-leninistischen Grundposition. Gesicherter Frieden ist eine unerläßliche Bedingung für den erfolgreichen sozialistischen Aufbau. Aus dieser gesellschaftlichen Realität ergibt sich die Tatsache, daß die Friedenspolitik des sozialistischen Staates und das Friedensstreben der Bevölkerung eine Einheit bilden.

Die siegreiche Arbeiterklasse in den Ländern des Sozialismus, also auch in der DDR, sieht heute ihre Aufgaben in Verwirklichung ihrer historischen Mission nicht nur darin, eine glückliche Zukunft für die eigenen Völker zu sichern. Ihr geht es zugleich darum, gemeinsam mit den friedliebenden Kräften in der ganzen Welt den Frieden für alle Völker des Planeten zu bewahren.

Die DDR trägt an der Seite der Sowjetunion, im festen Bruderbund mit allen anderen sozialistischen Ländern, die Friedenssof-

ren unterstrich Erich Honecker in Helsinki: „Als sozialistischer Staat im Herzen Europas an der Nahtstelle der mächtigsten Bündnissysteme unserer Zeit mißt die Deutsche Demokratische Republik der Sicherheit vorrangige Bedeutung bei.“

Die viele Jahre an dieser Trennlinie verübten friedensfeindlichen Provokationen vom Boden der BRD bzw. Westberlins aus hat die DDR nicht mit gleicher Münze heimgezahlt, aber entschieden, mit gebotener Verantwortung zurückgewiesen.

fensive unserer Staatengemeinschaft aktiv mit. Der Lehren der Geschichte eingedenk, den dringenden Erfordernissen unserer Tage gemäß, läßt sich die DDR von niemanden in ihrem Engagement für den Frieden abbringen. Der von den sozialistischen Ländern vertretene konstruktive politische Dialog beabsichtigt und bewirkt, in positiver Weise Einfluß auf das europäische und das internationale Klima zu nehmen. Und auf deutschem Boden ist es eben die DDR, die diesem Dialog wichtige Impulse vermittelt hat. Einem Dialog, der das Ziel verfolgt, den Weg zu, ebenen, auf dem die Rückkehr zur Entspannung möglich wird. Einem Dialog, der mithilft, alle friedwilligen Kräfte in einer breiten Koalition der Vernunft zu vereinen.

Die DDR bekundet durch ihr praktisches Handeln, daß sie in äußerst angespannter internationaler Situation bemüht ist, über aHes Trennende hinweg eine gemeinsame Sprache zwischen Repräsentanten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens zu finden. Die DDR zeigt damit auf deutschem Boden echte Verantwortung für den Frieden der Welt.

Prof. Dr. Georg Grasnick
Stellvertreter des Direktors des Instituts
für Internationale
Politik und Wirtschaft